

Schiersteiner Zeitung

Amts-Blatt.



Anzeigen-Blatt für Schierstein und Umgegend
(Schiersteiner Anzeiger) — (Schiersteiner Nachrichten) — (Schiersteiner Tagblatt)
(Schiersteiner Neuigkeiten) — (Niederwallener Zeitung)

Postfachkonto Frankfurt (Main) Nr. 16681.

Erscheinung: Dienstag,
Donnerstag, Samstag
Druck und Verlag:
Probst'sche Buchdruckerei
Schierstein.
Verantwortlicher Schriftleiter:
Wilhelm Probst, Schierstein.

Telefon Nr. 584

Nr. 50.

Dienstag, den 27. April 1920.

28. Jahrgang

San Remo.

Der Vertreter der Agentur Havas in San Remo teilt einem längeren Telegramm mit, daß Lloyd George und Millerand vorunterschiedliche Unterredungen hatten. Es scheint, daß die Hauptprobleme, die die Konferenz zu lösen habe, nunmehr soweit geklärt seien, daß sie gehen werden können. Es sei ein Abkommen ausgearbeitet worden, das ein gemeinsames Einverständnis zwischen den Alliierten feststellen werde. Über die beiden Deutschland betreffenden Hauptpunkte, Entwaffnung und Wiedergutmachung, hätten Millerand und Lloyd George die Grundlage einer Verständigung gefunden. Es scheint, daß die Meinungsverschiedenheiten, die sich am ersten Tage der Beratung gezeigt hätten, vielmehr auf wirklichen Mißverständnissen als auf Meinungsverschiedenheiten beruht hätten. Die gemeinsame Erklärung werde ohne Zweifel auch die gemeinsamen Wünsche Frankreichs und Englands betreffen. Es werde ein Dokument ausgearbeitet, das von Deutschland die Ausarbeitung des Friedensvertrages verlange. Das Dokument werde jedoch erklären, daß die deutsche Regierung aufgefordert werde, Vorschläge zu unterbreiten. Der deutsche Kanzler werde insofern insofern imstande sein, mit den alliierten Staatschefs, die vorher das Programm und die Ausdehnung der direkten Verhandlungen regeln würden, zu verhandeln. Es sei möglich, daß diese Zusammenkunft in Brüssel, womöglich noch vor der interalliierten Finanzkommission, die dort im Mai zusammensteht, stattfinden werde. Diese Finanzkommission werde sehr wichtig sein, um zu einem Ergebnis zu gelangen, das die gemeinsame Forderung der Alliierten über die Wiedergutmachung festsetzt. Am 10. Mai laufe die Deutschland in Bezug auf die Wiedergutmachung gewährte Frist ab. Diese Frist könne leicht verlängert werden, um den Deutschen alle Initiative nach dieser Richtung zu gestatten. Die Alliierten seien geneigt, so schnell wie möglich die Summe festzusetzen, die Deutschland mit Rücksicht auf seine Zahlungsfähigkeit zu entrichten habe und unter Berücksichtigung dessen, daß es sich wieder an die Arbeit begeben müsse, um seine Verpflichtungen zu erfüllen. Es scheint nicht, daß man bereits über die Verwertung der Summe, die man von Deutschland in steigenden Annuitäten oder in regelmäßigen Beiträgen nach Steigerung der deutschen Einkünfte aus den Eisenbahnen und Zollverwaltungen verlangen wolle, eine Entscheidung getroffen habe. Der Vertrag könne sehr bald fertiggestellt werden; namentlich in bezug auf die Eisenbahnen. Aber das sei eine Frage, die in zweiter Linie komme. Die Hauptsache sei, daß der Grundriss ausgearbeitet werde, die deutsche Schuld festzusetzen. Auf alle Fälle aber werde in San Remo keine Differenz festgesetzt werden. Das könne erst später in Paris geschehen, wo man alle notwendigen Informationsmittel besitze.

In der Besprechung über die Lage Deutschlands war auch Lloyd George, Millerand und Nitti auch der belgische Minister des Inneren, Spaak, zugezogen. Über die bei dieser Vorbesprechung gefällten Beschlüsse liegen keine bestimmten Meldungen vor. Der französische Regierungspresse befindet sich in sehr guter Stimmung; sie freut sich, daß es in San Remo nicht zu einem Bruch der Entente gekommen ist; aber sie macht lebhafteste Vorbehalte in bezug auf die künftige Stellungnahme Frankreichs in den mit Deutschland zu treffenden Verhandlungen. Die Agence Havas hat in einem längeren Telegramm den Inhalt des in San Remo zu vermittelnden Kompromisses angedeutet. Es wird darin angegeben, daß Frankreich auf Rücksicht auf die ihm von England zugesprochenen Annerkennungszusagen auf die Rückkehr der deutschen Truppen zu einer beruhigenden Erklärung verzichtet. Es aber in dieser Erklärung auch die Zurückziehung der Truppen aus Frankreich und der Verzicht auf die Rückgabe des Ruhrgebietes enthalten ist, darüber wird nichts gesagt. Tübingen wird hervorgehoben, daß die wirtschaftlichen und finanziellen Schwierigkeiten, die sich aus den Bestimmungen des Friedensvertrages für Deutschland ergeben, in erster Reihe gelöst werden sollen, weil von ihrer Lösung erst die wirkliche Abrüstung Deutschlands abhängt. Diese Andeutung legt die Vermutung nahe, daß Frankreich und Belgien gewisse Zugeständnisse für den Rückzug ihrer Truppen vom rechten Rheinufer erhalten haben. Washington. Die Vereinigten Staaten haben die Unabhängigkeit der Republik Armenien formell anerkannt.

Die Zahlungsbedingungen.

„Echo de Paris“ meldet aus San Remo: Ministerpräsident Millerand empfiehlt als Zahlungssystem der von Deutschland zu leistenden Entschädigungen allmählich steigende Jahreszahlungen auf 30 Jahre. Keine Jahreszahlung solle jedoch geringer sein als drei Milliarden.

Die Alliierten.

Ein Pressevertreter in San Remo sagte Lloyd George, was entstehen würde, wenn eine der alliierten Regierungen auf eigene Faust Anordnungen ergäbe.

Deutschland zur Ausführung des Friedensvertrages ergreifen würde. Lloyd George erwiderte: Eine solche Eigenmächtigkeit sei ein den Alliierten der Verbündeten widersprechendes Verfahren und hätte unvermeidlich die Auflösung der Entente zur Folge; es könne daher nur auf eigene Gefahr des betr. Staates unternommen werden, der von den übrigen Verbündeten keine Hilfe zu erwarten hätte, falls Deutschland eines Tages seine frühere Schlachtartigkeit wieder zurückgewinnen werden habe. Einer Auslassung des „Echo“ zufolge lehnte es Millerand ab, an einer Versöhnungspolitik gegenüber Deutschland teilzunehmen, ehe nicht die wichtigsten Bestimmungen des Versailles Vertrages durch Deutschland erfüllt seien. Der belgische Vertreter hat sich dem Standpunkt Millerands angeschlossen und Belgiens Entschluß betont, mit Frankreich einen Zweibund einzugehen.

Nittis Ansicht.

In einem Interview mit einem Vertreter des „Associated Press“ protestiert Nitti energisch gegen die Verbreitung falscher Nachrichten über Italien im Auslande. Er versichert, daß kein europäischer Staat sich in einer gefestigten Lage befindet als Italien und hebt die wunderbare Anstrengung hervor, die die Nation macht, um zu ruhigen Verhältnissen zu gelangen. Italien mache wie jedes andere Land seine Wirren durch, doch sei es nicht weniger stark als irgend ein anderes Land. Der italienische Wechselkurs sei nicht so sehr die Folge der wirtschaftlichen Lage als der durch die falschen Gerüchte im Auslande bedingten übermäßigen Besorgnis. In Italien sei ein ertragreicheres Steuersystem in Anwendung, als in irgend einem anderen Lande. Die Handelsbilanz übersteige die des Vorjahres monatlich um eine halbe Milliarde. Die Handelspolitik sei gescheitert, weil keine Befürchtungen in Bezug auf die Stabilität Italiens vorliegen. Der europäische Frieden werde nur erreicht, wenn auf Deutschland als auf das große Sammelbecken der Energie und auf Rußland als auf das der Hoffnungen der gebührende Wert gelegt werde.

Palästina.

Die Konferenz in San Remo beschloß, in dem türkischen Vertrag die Erklärung Balfours einzufügen, die bestimmt, daß Palästina eine nationale Heimstätte für die Juden werden soll, die die gleichen Rechte wie die Araber und die Juden in anderen Ländern haben werden.

Eine Erklärung der Alliierten am Schluß der Verhandlungen.

Paris, 26. April. (Havas.) Die Erklärung, die von den Alliierten in San Remo am Schluß der Arbeiten der Konferenz angenommen wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Die alliierten Regierungen haben von dem Briefe des Herrn Göppert Kenntnis genommen, der das Ersuchen des deutschen Reichswehrministers enthält, ein Heer von 200 000 Mann anstatt der im Friedensvertrage vorgesehenen 100 000 Mann zu unterhalten. Die Alliierten hatten darauf sofort erklärt, daß ein Vorschlag dieser Art nicht einmal geprüft werden könne, solange Deutschland nicht die wichtigste Verpflichtung des Friedensvertrages erfüllt und zur Entwaffnung schreite, von der der Weltfrieden abhängt. Es habe weder Genugthuung gegeben noch sich entschuldigt für die Anschläge, die wiederholt an Mitgliedern der alliierten Kommissionen verübt worden sind. Es habe auch noch nicht die im Protokoll des Friedensvertrages vorgesehenen Maßnahmen getroffen, um seine Verpflichtungen hinsichtlich der Wiedergutmachungen zu beginnen und um Vorschläge zu machen, damit der von Deutschland zu bezahlende Gesamtbetrag festgesetzt werden könne. Deutschland scheine noch nicht einmal geprüft zu haben, wie es seinen Verpflichtungen nachkommen könne, wenn sie verfielen. Die Alliierten leugnen die Schwierigkeiten nicht ab, denen die deutsche Regierung gegenübersteht. Aber sie sind einig in der Erklärung, daß sie die Fortsetzung der Übertretungen des Friedensvertrages von Versailles nicht dulden können, daß dieser Vertrag ausgeführt werden muß, daß er die Grundlage der Beziehungen Deutschlands zu den Alliierten bildet und daß die Alliierten entschlossen sind, alle Maßnahmen zu ergreifen, selbst wenn es notwendig sei, auch zur Besetzung eines neuen Teiles des deutschen Gebietes zu schreiten, um die Ausführung des Vertrages sicherzustellen. Die Alliierten erklären übrigens, daß sie nicht die Absicht haben, irgend einen Teil des deutschen Gebietes zu annektieren. Die Alliierten glauben, daß die durch Ver-

letzung des Friedensvertrages aufgeworfenen Fragen und die zur Sicherstellung notwendigen Maßnahmen auf leichtere Art durch einen Meinungsaustausch zwischen den Regierungschefs sichergestellt werden können als durch Noten. Die Alliierten haben sich deshalb entschieden, die Chiefs der deutschen Regierung zu einer direkten Konferenz mit den Chiefs der alliierten Regierungen einzuladen. Sie wünschen, daß für die vorgesehene Zusammenkunft die deutsche Regierung eine präzise Erklärung und Vorschläge über die angeführten Gegenstände unterbreite. Wenn man zu einer nach jeder Hinsicht befriedigenden Regelung gelangt, werden die alliierten Regierungen geneigt sein, mit den deutschen Vertretern alle Fragen zu besprechen, die sich auf die innere Ordnung und das wirtschaftliche Wohlergehen Deutschlands beziehen. Aber Deutschland muß beabsichtigen, daß die Einheit der Alliierten in Bezug auf die Ausführung des Friedensvertrages ebenso innig ist, wie sie es während des Krieges war, und daß das einzige Mittel für Deutschland, seinen Platz in der Welt wieder einzunehmen, in der loyalen Ausführung der Verpflichtungen, die es unterschrieben hat, besteht.

Nur Tagesgeschichte.

Aufhebung der Standesvorrechte.

Das preussische Staatsministerium hat einen Gesetzentwurf über die Aufhebung der Standesvorrechte des Adels und die Auflösung der Hausvermögen angenommen. Aus dem Inhalt des Gesetzentwurfs ist hervorzuheben, daß die auf dem öffentlichen Recht beruhenden Vorrechte des bürgerlichen Adelsstandes einschließlich der Vorrechte der in Art. 57 und 58 des Einführungsgesetzes zum V. G. B. genannten Familie sowie des Herzoglich Holsteinischen Fürstentums und der Mitglieder dieser Familie aufgehoben werden und zwar insbesondere, soweit sie nicht bereits beseitigt worden sind:

1. Das Recht eigener Gesetzgebung (Autonomie) und Gerichtsbarkeit;
2. das Recht, durch besondere Behörden oder Beamte öffentlich-rechtliche Befugnisse auszuüben oder Staatsbeamte mit der Wahrnehmung haushälterischer Aufgaben zu beauftragen;
3. das Recht, Titel oder Auszeichnungen zu verleihen, die den Anschein staatlicher Titel oder Auszeichnungen zu erwecken geeignet sind;
4. das Recht auf die Prädikate Königlich, Herbol, Durchlaucht und dergleichen und auf besondere Ehrungen (Landestrainer, Ehrenwachen, Kanzleieremonien u. dgl.);
5. das Recht besonderer Vertretung in Körperschaften des öffentlichen Rechts;
6. die Befreiung von öffentlich-rechtlichen Pflichten, Lasten und Abgaben;
7. das Recht besonderen Strafschutzes und des besonderen Gerichtsschutzes vor staatlichen Behörden;
8. Befreiung von Arrest, Verhaftung und sonstigen Beschränkungen der persönlichen Freiheit;
9. das Recht der gesetzlichen Vertretung in Rechtsverhältnissen und bei der Abfertigung von Eiden;
10. das auf Grund des Haus- und Landesrechts in den Häusern der vormalsigen Landes- und Standesherrn etwa noch bestehende besondere Ehebedingungs- und Vormundschaftsrecht und das besondere Recht der Eheauflösung, namentlich soweit es Nachteile an eine dem ebenbürtig-leiblichen Verhältnisse des Hausrechts nicht entsprechende Eheauflösung knüpft.

Die bezeichneten Familien und ihre Mitglieder werden dem allgemeinen öffentlichen und bürgerlichen Rechte unterstellt.

Über die Auflösung des Hausvermögens wird gesagt, daß das in Preußen befindliche Hausvermögen einschließlich der landesherrenlichen Hausgüter (§ 1 Abs. 5 der Verordnung über Familiengüter vom 10. März 1919) bis zum 1. April 1923 von den beteiligten Familien aufzulösen ist. Ist die Auflösung binnen dieser Frist nicht erfolgt, so erfolgt die Zwangsaufhebung der Hausvermögen im Verordnungswege durch das Staatsministerium. In den Übergangsbestimmungen wird dazu angedeutet, daß die Rechtsverhältnisse der Patrone in Kirchen- und Schulangelegenheiten, der Regale und sonstiger Gerechtsamen durch besondere Gesetze geregelt werden.

Die Lage im Ruhrgebiet.

Räumung.

Am 20. April ist durch den Vorsitzenden der deutschen Friedensdelegation den interalliierten Räten mitgeteilt worden, in welcher Weise und in welchen Zeitraumen die Zurückziehung der deutschen Truppen aus der neutralen Zone erfolgen soll. Diese Zurückziehung hat nunmehr stattgefunden. Die Truppenzahl an Offizieren und Mannschaften

Ich in der neutralen Zone beträgt nicht mehr als 17 700 Köpfe, überschreitet also nicht die Kapazität, die unter Zugrundelegung der Entscheidung des obersten Rats vom August 1919 für die neutrale Zone festgelegt worden ist.

Die Nationalversammlung.

Berlin, 23. April.

Vizepräsident Dietrich eröffnet die Sitzung um 3 Uhr 20 Min. Auf der Tagesordnung stehen zunächst Anfragen.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Düringer (D. Vp.) wegen Zollfreiheit von aus dem Elbaf eingeführten Baumvolkswagen wird von Seiten der Regierung geantwortet, daß die beim Waren nach Befestigung einiger Unzulänglichkeiten mit der französischen Regierung nunmehr wieder zollfrei sind.

Auf eine Anfrage des Abg. Wehlich (Dnat. Vp.) wegen einseitiger Ueberweisung der Rotkreuzen an Konventionen an die Konsumgenossenschaften wird regierungsfällig geantwortet, daß bei dieser Verteilung nicht bloß die Konsumgenossenschaften, sondern auch der freie Handel berücksichtigt werden soll.

Auf eine Anfrage des Abg. Dr. Herrmann-Pon (Dem.) wegen Verletzung der staatsbürgerlichen Rechte der Deutschen durch die Polen wird regierungsfällig geantwortet, daß die Regierung kein Mittel unversucht lassen wird, um dem zu steuern.

Auf eine Anfrage des Abg. Duschke (D. Vp.) wird regierungsfällig geantwortet, daß der Entwurf einer Nachtordnung in kürzester Frist an den 2er-Ausschuß gelangen wird.

Auf eine Anfrage des Abg. Koch (Soz.) wegen der Regelung der Holzverteilung wird regierungsfällig geantwortet, daß die Regierung das Holzgeschäft überwachen und mit den Zentralbehörden der Länder Vereinbarungen treffen. Auf einen Ausgleich zwischen den Ländern betr. des Brennstoffes wird besonders geachtet werden.

Es folgt die dritte Beratung des Gesetzentwurfes über die Verfassung des Reichstages und der Landtage. Jeder das Gesetz wird namentlich abgelehnt. Es wird mit 290 gegen 15 Stimmen angenommen.

Dritte Beratung des Entwurfes eines Reichswahlgesetzes. § 1 wird mit geringer Mehrheit angenommen. Die Ausübung des Wahlrechts für die Soldaten ruht. In der Gesamtabstimmung wird das Gesetz mit 301 Stimmen angenommen.

Erste Beratung des Gesetzes betr. Vereinigung Kourts mit Bayern in Verbindung mit dem Gesetze betr. das Land Thüringen.

Reichsminister Koch: Der thüringische Staat hat sich gefügt. Das ganze Land steht hinter dem Wunsche, sich zu diesem Staate zusammenzuschließen. Daß Koburg sich nach Bayern gewandt hat, mag an seiner Stammeigenart liegen. Wir wünschen dem neuen Lande eine glückliche, gedeihliche Entwicklung. (Beifall.)

Die beiden Gesetzentwürfe werden in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso in der Gesamtabstimmung. (Beifall.)

Präsident Fehrenbach spricht namens der Nationalversammlung Thüringen, dem Herzen Deutschlands, das dem Hause in Weimar aus Herz gewachsen sei, die herzlichsten Wünsche für seine Weiterentwicklung aus. Möge auch Koburg bei Bayern blühen und gedeihen. (Stürmischer Beifall.)

Der Gesetzentwurf über die Gewährung von Straffreiheit und Strafmilderung in Disziplinarfällen wird in zweiter und dritter Beratung angenommen.

Abg. Bartisch (Dem.) begründet einen Antrag betr. Aufhebung der Verordnung über die Herausgabe des Grundbuchs und die Ausdehnung der Versicherungspflicht in der Krankenversicherung. Die Regierung möge bald den Entwurf einer neuen Verordnung vorlegen. — Abg. Kollenburr (Soz.) spricht gegen den Antrag.

Abg. Behrend (Dnat. Vp.): Die Verordnung bringt eine ganz falsche Tendenz in die Versicherung. Sie

muß zum Ruin der Krankenkassen. Solche Bestimmungen müßten nicht im 8., sondern im 7. Anschuß beraten werden.

Abg. Beder-Arnberg (Ztr.) Die Verordnung ist ein Schritt zur allgemeinen Volkversicherung.

Abg. Rost (D. Vp.) spricht für den Antrag. Abg. Brühl (U. Soz.) dagegen. Die Krankenkassen brauchen Geld. Die besser situierten Arbeiter müssen für die schlechter situierten eintreten.

Der Antrag Bartisch wird angenommen. Samstag 1 Uhr: Verleihung der Eisenbahnen. Postgebühren u. a. — Schluß 7 Uhr.

Berlin, 24. April.

Präsident Fehrenbach eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Min.

Vor Eintritt in die Tagesordnung erklärt der Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Der Reichsjustizminister hat in bezug auf mich neulich einen beleidigenden Ausdruck des hannoverschen Königs Ernst August auf die Professoren abgegeben. Diese frivole, schwere Beleidigung lasse ich mir nicht gefallen, auch nicht für meine Fraktion und für den Stand der deutschen Professoren. Ich fordere die Rücknahme und den Ausdruck des Bedauerns. Durch Vermittlung des Herrn Präsidenten ist mir der Entwurf einer Erklärung des Ministers zugegangen, die aber unzureichend war. Erklärt keine genügende Erklärung, so muß ich mir weitere Schritte vorbehalten.

Reichsjustizminister Bland legt dagegen nachdrücklich Verwahrung ein. Der Abg. Kahl habe seinerzeit von Winkelabspalten in herabwürdigender Weise gesprochen. Um ihm vor Augen zu führen, wie verwerflich es sei, allgemeine Verurteile über einen Stand zu stellen, habe der Minister den Ausdruck des hannoverschen Königs abgegeben, ohne sich diesen Ausdruck eines verrotten und moralisch verkommenen Monarchen zu eigen zu machen. Ihm das zu unterstellen, sei eine niedrige Berdächtigung. (Lärm rechts.)

Präsident Fehrenbach weist diesen Ausdruck zurück.

Abg. Dr. Kahl (D. Vp.): Im Auslegen seid mir recht munter; legt ihr nicht aus, so legt was unter! (Beifall rechts, Lärm links.) Ich rufe Deutschland zum Urteil darüber auf, ob ein Mann, der so leichtfertig mit der Ehre anderer umgeht, an der Spitze des Reichsjustizministeriums stehen kann.

Präsident Fehrenbach weist diesen Ausdruck zurück. Wenn ihm der Wortlaut des Ausspruchs des hannoverschen Königs gegenwärtig gewesen wäre, hätte er ihn zurückgewiesen.

Der Ausschuß für die Geschäftsordnung beantragte die Genehmigung zur Strafverfolgung des Abg. Beder-Arnberg (Soz.) in einem Privatklagenverfahren nicht zu erteilen. Der Antrag wird angenommen.

Der gleiche Ausschuß stellt denselben Antrag betr. der Abg. Geier-Leipzig (U. Soz.) und Dr. Geier-Sachsen (U. Soz.) auf Grund einer Strafanzeige des Rates der Stadt Leipzig, weil politische Rhetorik vorgelesen hätten, nicht aber eine ehrliche Handlungsweise. Der Antrag wird angenommen.

Der gleiche Ausschuß stellt denselben Antrag betr. des Abg. Traß (U. Soz.) in der Landesverratsangelegenheit. Dagegen liegt ein Antrag vor, die Genehmigung zur Strafverfolgung zu erteilen und ein weiterer, die Sache an den Ausschuß zurückzuverweisen, da die Sache nicht genügend geklärt sei. Nach längerer Geschäftsordnungsdebatte wird der Antrag auf Zurückweisung angenommen.

Der Gesetzentwurf betr. das deutsch-französische Abkommen über die Zahlung der elsaß-lothringischen Pensionen wird in allen drei Lesungen angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend den Staatsvertrag über den Übergang der Staatseisenbahnen auf das Reich.

Abg. Dr. Beder-Hessen (D. Vp.) berichtet über die Ausschüßverhandlungen. Hoffentlich müßten die Länder die gewonnenen Vorteile nicht allzu rückwärts aus. Nur in dieser Hoffnung könne der Ausschuß die Annahme des Gesetzes empfehlen.

Reichsverkehrsminister Dr. Bött: Die Regelung für die Vorlage mit Einschluß ihrer gesamten zentralen Wirkungen übernimmt die Regierung. Der Uebernahmepreis war durchaus angemessen. Finanzrückfragen konnten mit dem Vertrag nicht gelöst werden. Das Personal verlangte die Uebernahme. Reich wegen der Befestigungsreform. Eine Einbeziehung ist auch erforderlich im Hinblick auf die Streiks und Unruhen.

Abg. Gaudorfer (Bayer. Vp.) erklärt, Partei gegen das Gesetz stimmen werde.

Das Gesetz wird angenommen. Der Gesetzentwurf über die Aufhebung der Freiheit im Post- und Telegraphenverkehr wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Der Gesetzentwurf über die Aufhebung des Post- und telegraphischen Postregals wird in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Zweite Beratung des Gesetzentwurfes betreffend Telegraphen- und Fernspreckgebühren und deren Gebühren.

Abg. Fischer-Berlin (Soz.) bemängelt die von Tarifräten, durch die besonders das Zeitungsaufschloßversteher belastet würde.

Abg. Trimborn (Ztr.) beantragte, die Gebühren erst vom 1. Oktober ab in Kraft treten zu lassen. Reichsminister Giesberts: Diese Vorlage ist eine Warnungstafel. Wir haben volles Verständnis für die schwierige Lage der Presse. Aber ich verhalte mich nur das Defizit herauszuholen. Mit dem Antikbörse bin ich einverstanden. Eine Reform des Zeitungsaufschlusses ist schon lange.

Abg. Kuschle (Dem.): Wir leben in der Gebühre eine katastrophale Belastung des Zeitungsaufschlusses. Wir können nur provisorisch sein. Die Zeitung muß zusehen, daß neue Ersparnisse gemacht werden. Die Telefonanleihe lehnen wir ab.

Abg. Trimborn (Dnat. Vp.): Das Zeitungsaufschloßversteher, besonders die kleineren Verlage, werden vom Antikbörse bis zum 1. Oktober ist dringend.

Abg. Rost (D. Vp.): Wir können uns nur entschließen, den erhöhten Gebühren zuzustimmen. Ein Regierungsvertreter bittet um Ablehnung vorliegenden Anträge.

Ein Vertreter des Reichsfinanzministeriums, die in Aussicht genommene Zwangsanleihe, den schlechten Stand des Poststaats sei eine freie Anleihe möglich.

Abg. Fuchs (U. Soz.): Die Vorlage ist nehmbar.

Abg. Trimborn (Dnat. Vp.) wendet sich gegen die phorgebührenverhöhung im Interesse der kleinen Zeitungen.

Der Antrag auf Streichung der sogenannten Zwangsanleihe wird abgelehnt mit einer geringen Mehrheit. Der Antrag wird in der folgenden Sitzung angenommen.

Angenommen wird ein Antrag Arnstadt (D. Vp.), der den periodisch erscheinenden Zeitungen eine günstigung bringt, ebenso der Antrag Trimborn (Ztr.), der die Zeitungsaufschloßverhöhung bis zum 1. Oktober hinauschiebt.

Die Postgesetze werden in zweiter und dritter Lesung angenommen.

Zu einem Gesetzentwurf über eine Abgabe auf Lohnausgleich bittet Reichsarbeitsminister Salfer Ueberweisung an einen Ausschuß.

Abg. Bayer (Dem.) bittet im Einvernehmen dem Senatorenkonvent wegen der Wichtigkeit des Landes, das Gesetz nicht mehr in der Nationalversammlung zu beraten.

Das Gesetz geht an den 2er-Ausschuß. Ein Bericht des Ausschusses für Volkswirtschaft betreffend Annahme von Kriegaanleihe an Zahlungsfrist wird erledigt.

Reichsfinanzminister Bött erklärt im Zusammenhang mit der Frage, im Ministerium des Reiches in Reichsrechnungen mit Abgrenzung

der Antwort fühlte sie einen Kuß auf den Mund. Sie sah sich an eine breite Männerbrust gezogen, so daß ihr förmlich der Atem stockte.

„Ich habe dich ausruken sehen, Adele“, rief er ihr mit heißem Atem in das rosige Ohr.

„Und bist mir nachgefolgt, du Böser! — War schon auf?“

„Nein. Ich habe außer dem Onkel wenigstens noch einen Bruder.“

„Und dein Bruder?“

„Schläft noch. Die Reise hat ihn etwas erschöpft.“

Es war heute das erste Mal, daß sie als Paar auf der Moosbank zusammensaßen. Das es da nicht alles zu sagen? Sie plauderten wie frische Quellen, die ihren Ursprung in weit voneinander entfernten Gegenden haben, und die vor sich die Zukunft zusammenführen. Die Gegenwart entsand ihnen wie ein Nebelbild; dafür tat sich, in mächtigem Glanze schimmernd, die Zukunft vor ihnen auf.

Einrichsen war der erste, der nach geraumer Zeit wieder in die nüchterne Wirklichkeit zurückkehrte. In Arm gingen sie zum Weideplatz zurück, um die Pferde einzufangen. Nach einigen Minuten traten die Pferde des jungen Paares dem Herrenhause entgegen.

Waldemar Parpart, ein corpulenter Herr mit freundlichen, milden Augen und gesundem, roten Gesicht, nahm auf der Veranda Platz.

„Adele!“ rief er. Eine Antwort erhielt er nicht.

Statt der Gersenen erschien seine Frau mit dem Morgenkaffee. Sie besah auch jetzt noch ein Ebenmaß in ihren Formen. Das freundliche Gesicht war von seltener Regelmäßigkeit und Harmonie. Blendend weiße Zähne, die nicht ganz von Lippen bedeckt wurden, verliehen dem Antlitz eine jugendliche. In ihrem schneeweißen Häubchen dem weinroten Morgenrod, der sie gut kleidete, sah sie einen recht aparten, ansprechenden Eindruck.

(Fortsetzung folgt)

Schloß Damerow.

Ein Familienroman von Erich Knop.

(Nachdruck verboten.)

„Bitte, nenne diesen Namen nicht mehr, Agnes. Ich mag ihn nicht hören, will nicht mehr daran erinnert sein! Mir steigt immer wieder die Galle in die Höhe, wenn ich der unseligen Zeiten gedenke. Also, was wolltest du noch sagen?“

„Daß deine Vermutung nicht zutrifft. Adele ist zwar auch nicht mehr die Jüngste, und die Ereignisse werden an ihrem Aeußeren nicht spurlos vorübergegangen sein. Ich habe sie seit mehreren Jahren nicht mehr gesehen. Damals schon gestiel sie mir nicht besonders. Aber dennoch traue ich ihr einen besseren Geschmack zu.“

„Nun, wie man hört, soll sie sich in der letzten Zeit wieder recht erholt haben und einen blühenden Eindruck machen“, murmelte der Baron verdrießlich zwischen den Zähnen.

Agnes horchte auf. Was sie da aus dem Munde ihres Vaters vernahm, schien ihr Unbehagen zu bereiten. Ihre Augen wurden unruhig. Unwillkürlich fiel ihr Blick durch das Wagenfenster. Das Gefährt schlug gerade die Richtung nach Pelonen ein. Dort hinten der schwarze Streifen und darüber die Kuppel: das war die Behausung Adeles.

Blühend sollte sie aussehen! — In letzter Zeit sollte sie sich erholt haben! — In letzter Zeit — etwa seitdem die Ingenieure der neuen Eisenbahn —? Ihr stimmerte es plötzlich vor den Augen. Instinktiv ahnte sie in Adele eine Nebenbuhlerin. — Was hatte doch Helmut gesagt? Hatte er nicht auch solche Andeutung gemacht? — Fürwahr, es wäre kein Wunder, wenn Adele sich für diesen schönen Mann interessierte, der auch bei ihr — Aber nein! Nicht diesen Gedanken weiter verfolgen. Der Kopf schmerzte ihr. Es durfte nicht sein! Diese — diese Adele und er —? Niemals!

Vater und Tochter saßen sich abermals schweigend gegenüber, bis das Gefährt in Damerow angelangt war.

Als Adele so querselbden Brenate an seinem Tisch

lagen, taustischen Morgen, hätte sie laut aufschreien mögen vor innerem Glücksgefühl. Ihr Herz wurde weit beim Anblick der schönen Natur. Kein häßlicher Gedanke an die Vergangenheit, ihre freudige Stimmung, nur die Zukunft erfüllte ihre Sinne. Sie „wachte“ bereits, was die anderen nur „vermuteten“. Er — er hatte ihr gestern Abend das Geständnis seiner Liebe gemacht, als sie sich beide vorübergehend im Park allein befanden, nachdem die anderen mit dem Bruder ihres Bräutigams vorausgegangen waren.

Sie hatte Gerhard vom ersten Augenblick an sympathisch gefunden, hatte sich im Stillen mit ihm beschäftigt. Das Interesse für ihn war dann ständig gewachsen und allmählich in jenes Gefühl übergegangen, was sie schon vollständig erlösen gewöhnt. Sie prüfte dies Gefühl auf seine Echtheit. Aber es hielt stand; es lag keine Selbsttäuschung vor, es war reine, hell ausleuchtende Liebe, die sie zu dem schönen Manne hingog. Und so wurde es denn für sie zu einer besessenen Lust, als sie ihm dies gestern eingestehen konnte — als sie vor Glück weinend an seiner Brust lag. Er hatte ihr dann noch zugesichert, daß sein Bruder nicht „zufällig“ hier eingetroffen, sondern auf seine Einladung hin erschienen sei, um die Verlobung mit feiern zu helfen, die auf sein Betreiben an ihrem Geburtstag vor sich gehen sollte. Und der Geburtstag war schon morgen. Morgen!

Alter Gewohnheit gemäß schlug ihr Brauner wieder den Weg zum Hasenberg ein und machte dort ohne Aufforderung halt. Behend sprang Adele hinunter, zäumte dem Braunen ab und ließ ihn frei laufen. Auf dem Hasenberg fand er die fastigste Weide. Nun durchschritt sie das dicke Buschwerk bis zu der mit Moos bewachsenen Bank.

Sie ließ sich nieder. Ach, wie köstlich doch die Welt ringsum war. Noch niemals, so schien es Adele, hatte sie solchen Anblick von hier oben gehabt. Ein wohliges Entzücken, eine poetische, weichevolle Stimmung überkam sie.

Schwapp! lagen zwei Hände über ihren Augen. Ein Aufschrei folgte, in dem alles zum Ausdruck kam: Ueberraschung, Schreck, seltsame Freude.

„Du, Gerhard?“

Es klang zitternd. Er ließ die Hände sinken. Statt

und Interessentenkreisen eintreten zu wollen.
Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Notetat in Ver-
bindung mit Anträgen. — Schluß 8 Uhr.

AMBI-Massivbau

AMBI, AM. 1/1 Berlin-Johannisthal.

Leipzig, Baummesse, Raum 14/14a.

Aus dem besetzten Gebiet.

Frankfurt a. M., 23. April. Zur Ein- und Ausreise in das neu besetzte Gebiet in Frankfurt ist in je-
der Hinsicht das französische Visum einzuholen. Da-
zu ist es nötig, daß der Reisende seinen Paß, Identitäts-
oder Personalanweisungs, vorher an das Polizeipräsidium in
Frankfurt a. M., französische Passbureauabteilung, einbringt
unter Beifügung von 5,50 Mark und Porto für Rückan-
reise.

Koblenz, 23. April. Vom Reichskommissar für
die besetzten Gebiete wird uns mitgeteilt: Die interalli-
erte Rheinlandkommission hat gegen die Anwendung der
Verordnung vom 22. März 1920 betr. Aenderungen der
Rechtsordnung über die Regelung der Einfuhr vom 16. Jan.
1917 keine Einwendung erhoben. Da das Gesetz in den
besetzten Gebieten später in Kraft tritt als im unbesetzten
Deutschland, so hat sich eine Neubemessung der im Gesetz
vorgesehenen dreiwöchigen Anmeldefrist auf alle verbot-
sgegenstände eingeführt. Als erforderlich herausgestellt.
Der Reichswirtschaftsminister wird demnach das Nähere
über den Lauf dieser Frist bekanntgeben. Schon jetzt kann
den oftsten Reisenden nur dringend empfohlen werden, die
in Betracht kommenden Waren sofort bei der zuständigen
Behörde, dem Delegierten des Reichsbeauftragten zur Über-
wachung der Ein- und Ausfuhr in Köln, Rixbaumstr.
19, anzumelden.

Aachen, 23. April. Nachdem der „Volksfreund“
bisher drei Tage verboten war, wurde er auf Anordnung
der Delegierten der Rheinlandkommission angeordnet
wird. Die Zeitung des Volks 13 des Rheinlandsabkom-
mens wiederum auf drei Tage verboten.



Damen-Konfektion
Kleider-Stoffe
Inselnd Non-Elingsge.
Wiesbaden, Scharfes Eck.

Bermischtes.

Eine 104-jährige Filmchauspielerin. Den
Namen, die älteste Filmchauspielerin der Welt zu sein,
hat wohl eine Italienerin, Maria Morana, für sich in
Anspruch nehmen, die in der Filmstadt von Los Angeles
in Kalifornien ihren Wohnsitz hat. Sie ist 104 Jahre alt
und kam gerade infolge ihres hohen Alters zum Film.
Und dies ging folgendermaßen zu: Griffith, der bekann-
te amerikanische Filmregisseur, war gerade damit be-
schäftigt einen großen Film einzufilmen, dem er den Na-
men „Raffaels Seele“ gegeben hatte. Dazu benötigte er
aber die Mithilfe einer sehr alten Schauspielerin. Die
Schauspielerinnen, die ihm zur Verfügung standen, sahen
nicht unter der geschäftlichen Maske noch immer gewohn-
heitsmäßig jung aus; es fand sich auch nicht so leicht eine,
die die Rummelgassen spielen mochte. Also, woher die
Frau nehmen, die die Rolle richtig verkörperte? Selbst-
verständlich mußte die Bestung helfen. Einem schönen Tages
sahen in allen Blättern der Filmstadt folgende An-
zeige, daß für die Verkörperung einer Rummelgasse eine
alte Frau gesucht werde; sie sollte sich da und da mel-
den. Am bemerkenswerten an der Anzeige war der
Schlußatz: „Es wollen sich nur mindestens 100-jährige
melden.“ Die Auswahl, die Griffith bekam, war nicht
groß, wie sich denken läßt. Eine einzige Antwort lief
ein, nämlich von Maria Morana. Der Brief war
von einem Urnen geschrieben, denn die alte Maria hatte
niemals schreiben gelernt. Griffith jedoch war ganz ent-
zückt, als er die Alte sah; im Triumphzug holte er sie
mit jenem Kraftwagen ins Filmtheater und so konnte der
Film „Raffaels Seele“ zu Ende geführt werden.

Der Besatz des Schieber. Die Geschichte wird
von einem nordbayerischen Städtchen geschrieben, woselbst
im Theaterort ein einseitige Post von Theodor Kör-
ner „Der Nachtwächter“ zur Aufführung brachte. Als der
Besatz im 4. Akt tritt die pathetischen Worte
ausgesprochen: „... und das nichts als die nüchternen
Tat, das rechte Glück muß man immer erschleichen, und
am Gipfel führt nur ein trummer Pfad“, erlangt aus
dem verdunkelten Zuschauerraum plötzlich kräftiges Hän-
deln und eine offenbar Seelenverwandtschaft witternde
Stimme meinte zustimmend:
„Das erachte vernünftige Wort, wo i hör!“
Daß man das rechte Glück immer erschleichen (daher
der Name Schleichhändler!) müsse und zum Gipfel nur
ein trummer Pfad führe, schien dem Mann aus der Seele
gesprochen. — Die Vorstellung nahm dann ungestört
ihren Verlauf.

Das Paradies der Schieber.

Der Sonderkorrespondent des New Yorker „World“
Lincoln G. E. gibt anschauliche Schilderungen über das
ausgezeichnete Verhältnis in Russland, das er bis nach
Sibirien hinein verfolgt hat. Der erste Eindruck, den Lin-
coln G. E. in Moskau gehabt hat, war der Eindruck des
„Kaisers Trost“, wie er in einem neuen, herrlichen
Wohnhaus durch die Straßen saufe, während im selben
Wohnhaus eine alte ausgehungerte Frau auf einem klei-
nen Stuhl ein Häufchen Mehl zog, das ihr dauernd
in den Schenkel fiel und das sie immer wieder vom Bo-
den aufhob, ohne daß ihr jemand geholfen hätte. Genosse
Krieg und das alte Mütterchen, sagt G. E., gehörten beide

dem „Proletariat an, und also werde die „Kaisers Trost“
lands“, und doch ist Trost von dieser alten Frau wei-
ter entfernt, als vor dem Kriege Nikolaus 2. von Trost
entfernt war. Dieses Bild illustriert die Ausbeutung der
Klassenunterschiede in Russland. In dieser alten Frau
aber symbolisiert sich für Lincoln G. E. die gesamte Be-
völkerung Russlands, die gleich ihr ihren kleinen Schritten
zieht, um wenigstens etwas Essen und Feuerung aufzu-
treiben und dabei stündlich dem Tod in die Augen sieht.
Nach Ansicht des amerikanischen Berichterstatters ist die
wahrscheinlich sterbende Stadt Moskau. In Petersburg sollen
die Verhältnisse bedeutend besser sein, weil die Bevölkerung
von 2 1/2 Millionen auf 1 Million gesunken ist und insbe-
sondere auch deswegen, weil es dort keine zentralen bol-
schewistischen Regierungssitze gibt. Neben der entsetz-
lichen Armut, von der man sich in Europa keine Vorstel-
lung machen kann, gibt es in Petersburg Kreise, die nicht
nur ausreichend, sondern sogar luxuriös leben. Eine Nacht
an einem Essen teil, das ein großer Petersburger Schie-
ber veranstaltet hatte. Alle Gerichte und Getränke bei
diesem Essen widersprachen den von den Sowjetbehörden
erlassenen Bestimmungen. Das Essen allein für sechs Per-
sonen kostete dem Gastgeber 33 000 Rubel, während der
ganze Empfang alles in allem etwa 200 000 Rubel ver-
schlang. Das interessanteste hierbei ist, daß sich unter den
geladenen sechs Gästen auch der Vorsitzende der „Schre-
i-wischtscha“, der Außerordentlichen Kommission zur Ver-
folgung und Bekämpfung der antikoltschewistischen Aktion
in Russland befand, der auch die Verfolgung des Bucher-
und Schieberums obliegt. Lincoln G. E. kommt zu dem
Ergebnis, daß die wirklich privilegierte Klasse in Rus-
land die Klasse der Bucherer und Schieber ist.

Lokales und Provinzielles.

Schierstein, den 27. April 1920.

* Militärverorgungsgebühren. Vom 1. Mai ab
wird den Empfängern von Militärverorgungsgebühren
R. und S. eine Ausgleichsbeihilfe (Lebensbeihilfe)
gewährt. Die Höhe der Beihilfe beträgt bei R.-Empfängern
30 v. H. und bei S.-Empfängern 40 v. H. der ihnen
am 1. Mai zufließenden laufenden Versorgungsgebüh-
ren. Es wird sich empfehlen, daß die Rentenempfänger
vor Abhebung des Betrags am 29. April den fälligen
Betrag am Posthalter ertragen.

* Wichtig für Kriegsbeschädigte. Die Versorgungs-
stelle Wiesbaden bittet uns im Interesse der Kriegsbeschädigten
um Aufnahme folgender Notiz: Nachdem durch Verfügung
der Reichsregierung die Meldepflicht für die Personen des
Beurlaubten-Standes aufgehoben ist, ist der Beurlaubten-
stand selbstverständlich nicht mehr verpflichtend, sich bei der
Versorgungsstelle (ehemaliges Bezirkskommando) an-
zu- oder umzumelden. Anders verhält es sich mit den Adressen-
Angaben der Kriegsbeschädigten. Bei den Kriegsbeschädigten
ist es notwendig, daß die Versorgungsstelle jeweils in dem
Besitz der richtigen Adresse des betreffenden Kriegsbeschädigten
ist. Eine Verpflichtung, daß Kriegsbeschädigte ihre Wohnungs-
veränderungen der Versorgungsstelle mitteilen, besteht nicht,
jedoch liegt es im unbedingten Interesse aller Kriegs-
beschädigten wie auch derjenigen Leute, die Rentenempfänger
sind, Rentenvorschuß erhalten oder einen Rentenanspruch ge-
stellt haben, daß sie ihre Adressen-Veränderungen der Ver-
sorgungsstelle mitteilen. Hierbei ist die Angabe des Geburts-
datums notwendig. Rentenempfänger usw., die ihre Adressen-
Veränderungen der Versorgungsstelle nicht mitteilen, müssen
unter Umständen mit Verzögerungen ihren Rentenangelegen-
heiten und dergl. rechnen, da, wenn die neue Adresse nicht
bekannt ist, Briefe etc. die Adressanten ja nicht erreichen
können.

* Firmung. Am Montag, dem 3. Mai, zwischen
6 und 7 Uhr nachmittags, trifft der Herr Bischof von
Limburg in Biebrich ein, um am Dienstag, dem 4. Mai,
die Kinder von Biebrich und Schierstein zu firmen.

* Sport. Bei den am vergangenen Sonntag statt-
gefundenen Fußballpokalwettkämpfen in Erbach i. Rhg.
errang sich die 1. Mannschaft des hiesigen Fußballklub 1908,
in der 1. Klasse, unter 17 teilnehmenden Mannschaften den
1. Preis, ein silberner Pokal, im Werte von 800 Mk. ge-
stiftet von Herrn Beintommisionär Jakob Siebert, Erbach
i. Rhg. Eine zweite Mannschaft des hiesigen Klubs steht
in der 3. Klasse ebenfalls mit an führender Stelle. Diese
Spiele werden erst am kommenden Sonntag weitergeführt,
da es wegen allzugroßer Teilnahme nicht möglich war, die
Spiele am vergangenen Sonntag zu Ende zu führen.
Ferner wird am kommenden Sonntag unter sämtlichen
preisgekrönten Mannschaften, zwölf an der Zahl, ein silberner
Ehrenpokal im Werte von 1500 Mk., gestiftet von Sr.
Kgl. Hoheit des Prinzen Friedrich Heinrich von Preußen,
ausgespielt. Die Spiele beginnen wie am vergangenen
Sonntag 10 Uhr vormittags. Der errungene Pokal wird
in den nächsten Tagen im Schaufenster des Friseurs Emil
Rothe ausgestellt werden. Die hiesigen Mannschaften haben
am Sonntag ihr Können aufs beste bewiesen, mußte sich
doch so manche Mannschaft, wie Mainz, Radesheim, Nieder-
schaffstein den tapferen Schiersteinern beugen. Bei gleichem
Zusammensinken kann der Verein auch am kommenden
Sonntag mit Zuversicht in den Kampf gehen, dessen Aus-
gang mit Interesse entgegengesehen wird.

— Auch der Sportverein Schierstein, der ebenfalls an
den Pokal-Spielen teilnimmt, hat gut abgeschnitten.
Den ersten Erfolg errang er gegen den Sportverein Münster
a. St., mit dem er später nochmal das spannendste und
längste Spiel ausfocht und ebenfalls als Sieger den Kampf-
platz verlassen konnte. Vollständig ermattet mußte nach dem
Sportverein das Entscheidungsspiel gegen Sportvereinigung
Radesheim antreten. Vor Halbzeit gelang es, ein Tor ein-
zuwerfen. Doch bald darauf fiel ein Gegentor. In der
19. Minute gelang es dem bereits spielfähig gewordenen
Torwächter nicht, das entscheidende Tor, das durch den auch
bereits kampfunfähig gewordenen Verteidiger verfehlt wurde,
zu halten. So mußte Sportverein abermals an 5. Stelle
des Spielfeld verlassen. Das Oberkampfsgericht sprach insolge-
dessen dem Verein den Pokal für hervorragende Leistungen
zu. Es spielten über 100 Vereine mit beinahe 1000 Spielern.

* Grüner Salat erscheint jetzt auf dem Wochenmarkte
und wer ein eignes Gläschen Gemüsegarten sein eigen
nennt, hat wohl auch in diesem Jahr die ersten Köpfe
gezogen. Trotz des verhältnismäßig hohen Preises —
was wäre heutzutage nicht teuer? — sei zu ausgiebigem
Genuß des jungen, grünen Salats geraten. Namentlich
sollten alle, die etwas an Vollblütigkeit leiden, es sich
angelegen sein lassen durch reichlichen Salatgenuss ihr
Blut etwas zu verdünnen. — Die Zubereitung des
Salats ist in den verschiedenen Gegenden eine ziemlich
von einander abweichende. Allgemein kann aber gesagt
werden, daß die zuträglichste und zugleich auch schmack-
hafteste Zubereitungsart diejenige ist, bei der der Salat
ohne irgend welchen Zusatz von Sahne, Del, Fett,
Speck oder dergl. (wodurch stets die Blätter lappig
weich werden) lediglich gewaschen, gepulst und mit
Wasser, Essig und Zucker angefeuchtet wird, so daß er seine
ursprüngliche Frische und Farbe behält.

* Eine Wende der Preisentwicklung? Berliner
und andere führende Tageszeitungen kündigen vor
einigen Tagen eine bevorstehende Wende der Preis-
entwicklung an, die darin zum Ausdruck kommen sollte,
daß die gegenwärtigen Preise wenn nicht einen Abbau,
so doch zumindest eine Stabilisierung erfahren dürften.
Volkswirtschaftler, die auf dem Boden der freien Wirt-
schaftsform, d. h. einer Verurteilung der gegenwärtigen
Zwangswirtschaft, stehen, wollen diese Erscheinung damit
begründen, daß die gegenwärtigen Preise für die Produkte
der Zwangswirtschaft sich den Weltmarktpreisen zu
nähern beginnen. Man mag nun zu dieser Frage stehen
wie man will, so muß man doch einsehen, daß diese
Prophezeiung leider verfehlt war. Denn schon zwei
Tage nach Verkündung dieser Tatsache begann unsere
Valuta bereits wieder zu sinken und sie ist seitdem noch
nicht wesentlich wieder gestiegen. Es hat somit wenig
Zweck, in dieser Hinsicht die Anschauungen führender
Tageszeitungen auch bei uns auf dem flachen Lande und
in den Kleinstädten weiter zu verbreiten. Es heißt ab-
warten, wie die Dinge kommen werden. Eins ist sicher:
sollte wirklich ein Preisrückgang eintreten, so kann er
sich nur so langsam entwickeln, daß wir erst nach Jahren
fühlbare Vorteile davon haben werden.

— Vom Frühlingswetter. Der Frühling des Jah-
res 1920 war und ist im Mittel so außerordentlich
warm, daß man schon 98 Jahre zurück, bis zum Jahre
1822 gehen muß, um einen gleich warmen März und
April zu finden. Im Durchschnitt war die Temperatur im
März fast 3 Grad höher als in sonstigen Jahren. Der
März des Jahres 1822 war freilich noch um etwas wär-
mer, nämlich 3 1/2 Grad über dem Durchschnitt. In den
letzten anderthalb Jahrhunderten hatten wir nur 4 Jahre,
die einen ähnlich warmen Frühlingsanfang aufzuweisen
hatten, wie 1920; das war im Jahre 1779, 1822, 1894,
1903 und jetzt. Bemerkenswert ist dabei, daß nicht etwa
ein Rückschlag eintrat und etwa später wieder kaltere Jah-
reszeiten oder ein recht früher Sommer folgte; im Gegen-
teile, alle diese Jahre waren ausnehmend warm; ausfal-
lend war lediglich bei all diesen vier Vorgängern des
Jahres 1920 das eine, daß die Monate April, Mai, Juni
und August erheblich wärmer waren als dies sonst üblich
ist, was hingegen die Monate Juni und September wieder
bedeutend gegen andere Jahre absinken; sie waren recht
kalt und regnerisch. Es ist nicht uninteressant, wenn man
sagt, daß in diesem Jahre der Frühling um einen Monat
zu früh kam; denn tatsächlich war der Durchschnitt un-
serer diesjährigen Märzwärme ungefähr dieselbe, die sonst
der April aufzuweisen hat. Daß unter diesen Verhältnissen
die Natur mit Blütenprünge vorwärts treibt, ist leicht
verständlich. Aller Voraussicht ist eine reiche Ernte zu
erwarten; am besten wird die Wärme wieder dem Wein-
und Obstbau bekommen.

Kleine Chronik.

Verhaftete Goldschieber. In Kiel wurden
Gold- und Silberbarten im Werte von 3 Millionen Mark,
die von zwei Herren und einer Dame von Berlin nach
Kiel gebracht worden waren und in ein Motorboot zur
Versteigerung nach Dänemark verladen waren beschlagnahmt.
Alle drei wurden verhaftet. Die Berliner Beamten ver-
stärkten die Schieber schon von Berlin aus.

Die Schuhe werden billiger. Aus Wiesbaden
wird gemeldet: In Ansehung der hiesigen Schuhfabrikanten
verlautet, daß in nächster Zeit mit einem dreißigpro-
zentigen Preisabschlag für fertige Schuhwa-
ren zu rechnen sein werde.

Bayerischer Sommerverkehr. Für den Fremden-
verkehr 1920 werden für Bayern folgende Bestimmungen
festgelegt werden: 14tägige Aufenthaltsdauer und 50pro-
zentige Belegung der Betten durch Fremde.

Glückliche Leute. Das Bädinger Kreisamt gibt
bekannt, daß der Kreis Bädigen von der bevorstehenden
Erhöhung des Brotpreises nicht betroffen wird, da die
Kreisverwaltung nicht auf das teure Auslandsmehl ange-
wiesen ist. Wenn demnach ein kleiner Aufschlag im Brot-
preise vorgenommen werde, so geschähe das lediglich in-
folge anderweitiger höherer Unkosten.

Theater-Spielplan.

Nassauisches Landestheater in Wiesbaden.

Vom 28. bis 29. April 1920.

Mittwoch, Ab. 8.: Erstes Gastspiel des Kammerjägers
Herrn Carl Braun, bisher Metropolitano-Opera New-
York: „Die Jüdin“. Anfang 6 Uhr. „Kardinal“.
Kammerjäger Carl Braun a. G.
Donnerstag, Ab. 8.: „Cavalleria rusticana“. Anf. 6 1/2
Uhr. Hierauf: „Der Bajazzo“.

Residenztheater in Wiesbaden.

Vom 28. bis 29. April 1920.

Mittwoch, Anf. 7 Uhr: „Die Frau im Hermelin“.
Donnerstag, Anf. 7 Uhr: „Das Glücksmädel“.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Verkauf von Margarine.

Donnerstag, den 29. ds. Mts.

findet auf dem Rathhause die Ausgabe von Margarine statt und zwar:

Für den Broikartenbezirk Nr. 2 von	8-9 Uhr
" " " " " 4 " "	9-10 "
" " " " " 3 " "	10-11 "
" " " " " 1 " "	11-12 "

Es werden auf jedes Familienmitglied 200 Gramm Margarine ausgegeben. 200 Gramm kosten 3.25 M. Broikartenausweis der laufenden Woche ist vorzulegen. Dieser muß auf der Rückseite mit dem Namen des Haushaltungsvorstandes versehen sein. Die Bezirke sind genau einzuhalten und die Beträge abgezählt mitzubringen.

Betr. Ausgabe von Eiern.

Die Gemeinde verfügt über eine kleine Menge Eier, die gegen Vorzeigung ärztlicher Ausweise an minderbemittelte Kranken auf Zimmer 1 im Rathhause abgegeben werden. Ein Ei kostet Mt. 1.15.

Als verloren ist gemeldet:

Ein goldenes Armband.

Näheres auf Zimmer 1 des Rathhauses.

Grundstücksverpachtung.

Das Eck Linden- und Hafenstraße belegene Grundstück in einer Größe von etwa 5 Auen wird am Mittwoch, dem 28. ds. Mts., 11 Uhr vorm., auf die Dauer von 6 Jahren im Sitzungssaale des Rathhauses öffentlich verpachtet.

Schierstein, den 26. April 1920.

Der com. Bürgermeister: Kessels.

Bekanntmachung.

Auf Grund des § 59 der Reichsgetreideordnung für die Ernte 1919 vom 18. Juni 1919 wird für den Landkreis Wiesbaden mit Ausnahme der Stadt Biebrich das Gewicht und der Preis für Brot wie folgt festgesetzt:

a) Bei Verwendung von 1400 Gramm Mehl für einen Laib Roggenbrot, gleichviel in welcher Form gebacken, im Gewicht von 1900 Gramm (Verkaufsgewicht 24 Stunden nach dem Backen) auf 2.80 Mark.

b) Bei Verwendung von 700 Gramm Mehl für einen Laib Weißbrot (Krankenbrot) im Gewicht von 880 Gramm auf 1.55 Mark.

Zu a sind für einen Saß Mehl 71 ganze Brotmarken, zu b für einen Saß Mehl 142 Krankenbrotmarken zurückzugeben.

Der Preis für das Backen des Brotes für Selbstversorger bleibt wie seither vorerst beibehalten.

Desgleichen der Mehlmischpreis im Kleinverkauf.

Zu widerhandlungen werden nach § 80 der Reichsgetreideordnung vom 18. Juni 1919 bestraft.

Diese Verordnung tritt am Montag, dem 26. April ds. Js., in Kraft.

Mit dem gleichen Tage wird die Festsetzung vom 16. März 1920, lt. Kornst. 1251, aufgehoben.

Die Erhöhung des Brotpreises mußte vorgenommen werden, weil sich die Backkosten erhöht haben.

Wiesbaden, den 20. April 1920.

Namens des Kreis Ausschusses:

Der Vorsitzende:

J. B.: Schlitt.

Für das neue Säuglingsheim des Landkreises Wiesbaden sind bis jetzt folgende Spenden eingegangen:

1. Chemische Fabrik Dr. H. Koedlinger, Flörsheim	1000 M.
2. Herr Fabrikant Fritz Nördlinger, Flörsheim	500 M.
3. Herr Otto	200 M.
4. Herr Hermann Herzheimer	100 M.
5. Herr Stefan Hahn, Driedenbergen	50 M.
6. Sammlungen durch Herrn Hauptlehrer Metzler, Wallau	76 M.
7. Herr Lehrer Josef Kremer, Wider, (Sammlung)	30 M.
8. Herr Pfarrer Bender, Sonnenberg	5 M.
9. Herr Lehrer H. Stahl, Weibach	20 M.
10. Herr Max Reimer, Flörsheim	30 M.

Wiesbaden, den 21. April 1920.

Der Landrat:

J. B.:

Schlitt.

Kaufe Altmaterial.

Lumpen, gestrickt. Wollumpen, Papier zum Einstampfen und Zeitungen, Metall gef. Höchstpr.

J. Gauer, Wiesbaden, Helenenstr. 18.

Telefon 1832.

Telefon 1832

Mädchen

gesucht!

Frau Gaebler,
Dohbelmerstr. 44.

Larisch!

Eine schöne

3-Zimmerwohnung

in schöner Lage gegen eine andere Wohnung zu vertauschen.

Off. unter L. S. 360 an die Exp.

Weinfässer

von 100-600 Liter, neu u. gebr. Küferei Braun, Mainz, Rhin. Straße 34, Telefon 2148.

Grabdenkmäler

in modernsten Ausführungen, auch poliert, aus Kunststein jeder Art, liefert zu billigen Preisen

G. Hachenberger,

Kunststeinfabrikation,

Biebrich a. Rh., Bahnstr. 15.

Bestellungen werden bei H. Wink, hier, entgegenommen.

Verkauf v. Villen, Wohn- u. Geschäftshäusern, Grundstücken, Landgütern, kl. Landw. Betriebe, Industriebetrieben und Landhäusern m. gr. Garten in Wiesbaden u. weiterer Umgebung (Rheingau, Lannus bis Frankfurt a. M.) vermittelt schnell und streng reell.
Grundstücks-Markt G. m. b. H. Wiesbaden, Schwalbacherstr. 4, Tel. 5384.



Schulranzen

Große Auswahl.

Billigste Preise.

Offertiert als Spezialität.

A. Letschert, Wiesbaden, Faulbrunnenstr. 10.

Atelier für mod. Photographie.

F. Stritter, Biebrich, Rathausstrasse 94.

Moderne Photos, Photoskizzen, Gruppenbilder Heimaufnahmen, Vergrößerungen nach jedem Bild

Reisepassbilder in sofortiger Ausführung.

Aufnahme bei jeder Witterung, bis abends 6 1/2 Uhr Sonntags von vorm. 10 bis nachm. 6 1/2 Uhr geöffnet

in jeder Form und Menge auch Zähne kauft

Brillanten für hohen Preis!

Uhren

Bok Wiesbaden Kirchgasse 70.

Danksagung.

Allen Denen, die uns bei der Krankheit, sowie bei dem Hinscheiden unseres teuren Entschlafenen so hilfreich zur Seite standen, sagen wir hiermit unseren innigsten Dank. Besonders danken wir Herrn Pfarrer Cunz für seine tröstenden Worte am Grabe, den Beamten und Mitarbeitern des Wasserbauamts, der Turngemeinde Schierstein, sowie für die überaus zahlreichen Kranz- und Blumen-spenden.

Schierstein, den 24. April 1920.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen:

Walter u. Elisabeth Ehrengart.

Elsa Bieger Paul Klaas

Verlobte.

Schierstein, den 28. April 1920.

Pflicht-Feuerwehr!

Dienstag, den 27. d. Mts., abds. 6 Uhr findet im Schulhause eine

Übung des I. Zuges

statt, wozu alle männlichen Personen, die 1800-18 (incl.) geboren sind und südlich der Wilhelmstraße wohnen zu erscheinen haben. Wer nicht erscheint, wird nach Feuerlöschpolizeiverordnung bestraft. Befreit sind nur welche der freiwilligen Feuerwehr angehören und körperlich Untauglichen.

Am Freitag, den 30. ds. Mts., abds. 6 Uhr

Übung des II. Zuges

im Rathaushofe.

Der Brandmeister:

Behnert.

Der Bürgermeister:

Kessels.

Grundarbeiter

ge sucht.

Ringofen-Ziegelei Kalle & Co.

Schierstein a. Rh.

Wiesbadenerstr. 24.

Zuverlässiges Ehepaar kann

sich an Landwirtschaft

beteiligen. Gebäude und Grundstücke vorhanden.

Offerten unter R. B. 200 an die Geschäftsstelle.

Ein Gartenarbeiter

sowie eine Frau für halbe oder ganze Tage gesucht.

Wilhelm Heim,

Bliervog 25.

Metalle

Alt-Kupfer, Messing, Blei, Zinn, Zinn

kauft zu hohem Preis

Gauer & Hies,

Wiesbaden, Berderstr. 3, Tel. 4551.

Ein fast neuer emailierter, weißer

Herd

Größe 95/63 cm mit Messing-schiff zu verkaufen. Dasselbst noch ein gut erhaltener Kinderwagen mit Gummibereifung zu verkaufen.

Rh. Wiesbadenerstr. 2.

Kauf und Verkauf

von Häusern, Hotels, Villen, Landgütern usw. vermittelt

Saladin Franz

Wiesbaden, Walramstr.

Telefon 4975.

Eine guterhaltene

Ukkord-Zither

zu verkaufen, Rh. in

Geschäftsstelle.

Eine noch wenig gebrauchte

Waschmaschine

preiswert zu verkaufen

W. Schneider,

Eisenhandlung.

Saubere

Medizinflaschen

kauft

Jakob Weiß, Zeilstr.

Stangenbohnen

„Phänomen“

empfiehlt

Jakob Wintermeyer

Blichstr. 4.